

# Voller Tapezieren u. Portefeuille-Zeitung

Organ

## des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuille-Verbandes

Inferate kost. Die vierersp. Nonp.-Zeile 30 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>III</sup>

Verleger: Kurt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 14 Tage

### In den Kampf hinein!

Bedrückt dich Unglück noch so sehr,  
Nimm's nicht zu leicht, auch nicht zu schwer.  
Was das Geschick ertötet nur Menschen!  
Doch groß und heil'ig immer es zürdet  
Vor dem, der Mut hat, sich entgegen ihm zu nemmen!

Hier im Kampfe fallen, als sich untätig und stoch vom Geschick zermalmen zu lassen, das muß die Parole jedes aufrechten Menschen sein! Das Jahr 1924 führt das Unternehmertum mit dem Beginn eines Kampfes ein, der unverhüllt offenbart, um was es geht. Seit Jahr und Tag hat das Unternehmertum in seinen Spitzen die große Aktion vorbereitet, die seit ihrem Anfang genommen hat. Mit einem Rastmoment sondergleichen wurde die Inflationwirtschaft auf die höchstmögliche Stufe getrieben. Während sich die Besitzenden von allen steuerlichen Maßnahmen, die entsprechend ihrem Einkommen und Vermögen zu Leistungen heranzuziehen, schlaun zu drücken wußten, mußten alle Lohn- und Gehaltsempfänger sich die Steuer sofort abziehen lassen. Die Besitzenden zahlten ihre Steuer oft erst nach Jahr und Tag mit längst entwertetem Geld, die breiten Massen des Volkes aber wurden daneben ausgeplündert und fast völlig enteignet.

Man hat offenbar zuletzt ganz zielbewußt darauf hingearbeitet, die Situation herbeizuführen, in welcher wir uns zurzeit befinden. Im letzten Halbjahr 1923 haben wir Zeiten über uns ergehen lassen müssen, wie sie noch nicht bezweifelt sind. Der von allen längst erwartete Wirtschaftstrost trat ein, seine Wohlkriessen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Auch viele Arbeiter wurden entmutigt und fehlten deprimiert ihrer Organisationen den Rücken. Viele waren in die Organisation eingetreten, weil sie wohl für sich persönliche Vorteile erhofften, nicht aber aus der Erkenntnis und Überzeugung heraus, daß der Verband die alleinige Kraft ist, die in unserer Zeit den Lohn- und Gehaltsempfängern die Existenz ermöglichen und sichern kann.

Vielen fehlt auch noch die sittliche und moralische Erkenntnis, daß es im Zeitalter der Organisationen, in welchem wir leben, eine Ehrenpflicht ist für jeden ohne Ausnahme, sich in Reih und Glied zu stellen mit seinen Berufsgenossen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, als wie sie die Unternehmer aus eigenem Willen zugeföhren.

Jeder anständige Mensch fühlt sich zur Mitarbeit verpflichtet, wenn er Vorteile mit genießen will, die nur gemeinsam erlangen werden können. In den großen Verbänden hat eine Massenflucht aus den Organisationen stattgefunden, das ist so allgemein bekannt, daß es begrifflich ist, wenn die Unternehmer aus dem Versuch machen, die Arbeiterschaft zu duden und zu entziehen, so gut es eben geht.

In Hinweisen und Warnungen auf alles, was nennbar eingetreten ist, hat es die Arbeiter- und namentlich die Gewerkschaftspresse nicht fehlen lassen. Freilich mag der Umstand viel dazu beigetragen haben, daß das Interesse an der Organisation vielfach verlorengegangen ist, daß die Zeitungen in den letzten Monaten nicht mehr regelmäßig erscheinen konnten und daß viele Arbeiter nicht mehr infolge waren, eine Zeitung zu bezahlen.

Auch in unserem Verband mußte das Verbandsorgan sein Erscheinen einschränken, es konnte seine Propaganda- und Werbekraftigkeit für die Gewerkschaft für den sozialen Aufstieg, nicht im bescheidensten Umfange erfüllen. Wir sind im Augenblick zwar nicht in der Lage, eine Uebersicht über den derzeitigen Stand unserer Mitglieder in den einzelnen Orten zu geben, doch läßt sich indes schon jetzt sagen, auch bei uns hat der Sturm der letzten Monate manches vernichtet.

Kein Zweifel, es ist manches abgedröckelt, die wirtschaftliche Misere wie die allgemeine Depression, unter welcher die Menschheit in diesen Zeiten leidet, haben auch bei uns ihre Spuren hinterlassen.

Es kann aber trotz alledem gesagt werden, im großen ganzen sind wir im Vergleich mit anderen,

namentlich den ganz großen Organisationen recht glimpflich über den gähenden Abgrund hinweggekommen. Zurzeit liegt vieles noch dunkel und trübe vor unseren Augen. Was die nächsten Wochen bringen, läßt sich noch nicht klar übersehen, noch weniger aber, was ganz allgemein verborgen das Jahr 1924 im Schoße birgt.

Der Kampf, den die Metallindustriellen entzacht haben, soll anscheinend die große Duvertüre sein, mit welcher der Kampf auf der ganzen Linie eingeleitet wird. Bei allen Verhandlungen hört man nur immer wieder das Wort „Lohnabbau“ ertönen. Gewiß, wir Arbeiter sind zurzeit in keiner vorteilhaften Kampfslage; ein solches ehrenvoller wird es für uns sein, denselben siegreich zu bestehen. Versehen wir uns einmal kurz in jene Zeit, als die Zahl der organisierten Arbeiter nur ein Bruchteil der Beschäftigten ausmachte, Streikfonds und sonstige Gelder überhaupt nicht vorhanden waren. Wir hatten es damals schwer, aber den Mut haben wir niemals verloren, immer haben wir am Ausbau der Organisation gearbeitet, und es ging vorwärts, trotz aller Hindernisse.

Und heute? Trotz aller gütigen Einflüsse, trotz aller physischen und seelischen Depressionen unter den Mitgliedern, die durch Entbehrungen, Enttäuschungen, aber auch durch überspannte Anforderungen erzeugt wurden, ist uns an fast allen Orten ein Stamm guter, treuer Mitglieder erhalten geblieben.

Diese haben erkannt, daß die Organisation erhalten werden muß im Interesse aller Berufs-genossen. Was will es bezagen, wenn in solchen Zeiten der Schwande einige laute Zweige abfallen? — Das alles muß uns nur aufs neue anspornen, die Schwärze im neuen Jahr auszumweichen, die uns das alte schlug.

Und unser alter Mitgliederstamm wird sich auch nicht darüber im unklaren befinden, daß die Aufklärungs- und Schutzarbeit unter unseren Mitgliedern in den letzten Jahren brach gelogen und zum Teil in recht einseitiger Weise stattgefunden hat. Zum Teil sind in ihnen Hoffnungen und Erwartungen erweckt worden, die nur in einer Enttäuschung enden konnten. Das haben sie nicht zu ertragen vermocht, der gewerkschaftliche Sinn wurde durch politische Ideen überwuchert, weil ihnen die letzteren lockende Früchte in greifbarer Nähe zeigten.

Die neuerliche Gestaltuna der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse hat indes gezeigt, daß vorerst die Gewerkschaften nach wie vor ihr Augenmerk auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu richten haben.

Die Sicherung ausreichender Existenzmöglichkeiten bildet noch immer die Grundlage und die Voraussetzung jeder erfolgversprechenden politischen Tätigkeit. Es gilt daher im besonderen, in der Gewerkschaftsorganisation alle Kraft darauf zu konzentrieren, daß diese Erkenntnis verbreitet wird. Es gilt alle, die unserer Sache untreu wurden, aufzuklären und dauernd zu gewinnen. Treue, Beständigkeit in der Organisationsarbeit sind unentbehrliche Eigenschaften.

Und nun im neuen Jahre an die Arbeit. Sorgen wir, daß der Baum der Organisation, nachdem die dürren Zweige abgefallen sind, um soviel frischer und kräftiger in Saft und Kraft gedeiht. Neue Blätter und Blüten werden ihm entsprossen und neue, schönere Früchte werden reifen.

Vorwärts zu neuen Kämpfen und Siegen!

### Kampf um ausreichende Reallöhne.

In den letzten Jahren trankten unsere Bestrebungen, auskömmliche Löhne zu erringen, an der Lastache, daß einmal die Grundlöhne viel zu niedrig angelegt waren, und des anderen, daß die Löhne der eingetretenen Preissteigerung infolge der Geldentwertung nicht im entferntesten folgen, noch viel weniger sie jemals erreicht haben.

Nachdem sich in der deutschen Wirtschaft nennbar die Goldrechnung fast restlos durchgesetzt hat, muß notgedrungen das Unternehmertum auch dazu übergeben, Goldlöhne einzuföhren. Nach welchen Richtlinien das geschehen soll ergibt sich aus folgendem:

Solange noch nicht hinreichend wertbeständige Zahlungsmittel für volle Lohnzahlungen in Gold zur Verfügung stehen, kann die Vereinkung den sofortigen Uebergang zur Festlegung der Löhne in Goldbeträgen zentral nicht empfehlen.

Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren als das Ausland und als im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anlehnung an den Friedensnominallohn ist nicht möglich, da sich Wirtschaftss-, Kalkulations- und Absatzverhältnisse in allen Industriegruppen entscheidend geändert haben. Schärfste Kalkulation des Lohnanteils. Festlegung des Goldlohns deswegen auf vollkommen neuer Basis im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Rückgang der deutschen Produktion und der zur Verteilung kommenden Gütermenge drückt auf den Reallohn. Nur schnellste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohns in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festlegung des Goldlohntarifs Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Produktionssteigerung und der Ausschaltung des unproduktiven Verlaufs.

Goldlohnstarif darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden die Fehler der bisherigen Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. Die Spanne zwischen den gelerntem und ungelernten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Bedürfnissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirtschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Ungelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter ohne deren Leistung) muß wieder ausgeglichen werden.

Ein sogenannter Goldwertungsfaktor kommt zurzeit beim Uebergang zum Goldlohnstarif nicht in Anrechnung.

Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedspruch und Verbindlichkeitsverklärung zustande kommen.

Das sind die Grundzüge, nach welchen die deutschen Arbeitgeberverbände die Goldlöhne einföhren wollen. Soweit aus der jüngsten Zeit Erfahrungen vorliegen, haben sich die Unternehmer bei den Lohnverhandlungen recht einseitig die gegenwärtige ichtste Wirtschaftsage zunube zu machen verucht. Alle Versuche unserer Spitzenorganisationen, mit den Unternehmern wenigstens eine Grundlage für die Goldlohngestaltung zu schaffen, sind gescheitert. Die Unternehmer wollen freie Hand behalten, um, wie schon bemerkt, die Position, die augenblicklich für die Arbeiterschaft ungünstig liegt, gehörig auszunutzen.

So wird wohl vorläufig den Schlichtungsinstanzen die ausschlaggebende Entscheidung überlassen werden müssen, wenn die Organisationen es nicht vorziehen, den Kampf um organisierte Reallöhne mit anderen Mitteln aufzunehmen.

Daß die Gewerkschaften jetzt energisch Goldlöhne fordern müssen auf einer Basis, die es ihnen möglich macht, zu existieren, bedarf keiner unständlichen Beweisführung. Die niederen Grundlöhne während der letzten Jahre müssen uns als Warnung dienen; sonst wiederholt sich bei jeder späteren Lohnbewegung das

ake Spiel, daß jede keine Lohnerhöhung von den Unternehmern dazu benutzt wird, um die Preise um das Vielfache zu erhöhen mit dem Hinweis, die hohen Löhne zwingen dazu.

Zunächst wird es wohl nicht möglich sein, Lohnvereinbarungen auf längere Zeitspannen als etwa zwei Wochen abzuschließen. Erst in Papiermarkt, dann wird eine der Arbeitslosigkeit der Goldmarkt entsprechende Aufwertung, die 20 bis 30 Proz. betragen muß, vereinbart werden müssen.

Mit der Einführung von Goldlöhnen sind vielen erst die Augen geöffnet worden, die sich an den Millionen-, Milliarden- und zuletzt Billionenlöhnen gewöhnt haben, wie erbärmlich gering diese schembar so hohen Löhne im Vergleich mit den Löhnen im Ausland in Wirklichkeit waren.

Bei der Festsetzung der Goldlöhne ist weiter zu berücksichtigen, daß im Weltverkehr die Kaufkraft des Geldes ganz allgemein wesentlich gesunken ist. Selbst in Amerika beträgt die Kaufkraft des Dollars nur noch etwa zwei Drittel der Kaufkraft der Vorkriegszeit. Die Lebenshaltungskosten sind im Ausland auch entsprechend gestiegen.

Wenn die Unternehmer der Meinung sind, die deutsche Wirtschaft könne nur auf der Grundlage von Hungerlöhnen gesund, so sind wir durchaus gegenfälliger Ansicht. Ein Volk, das keinen ausreichenden Verdienst erzielt, ist einfach nicht konsumfähig. Wenn die große Masse des Volkes nicht kaufen kann, für wen arbeitet dann die Industrie? Etwas nur für das Ausland, für den Export? Wir haben oft genug erlebt, wie jede Abwärtsbewegung auf einzelne Industrien zurückwirkt, so daß wir die feste Lebensgrundlage haben, das Volk muß kaufkräftig sein, es muß gut verdienen, dann blüht auch der Handel und Wandel, die Industrie.

Im Zusammenhange mit vorstehenden Ausführungen ist noch zu bemerken, daß die Unternehmer die Forderung gestellt haben, daß Lohnvereinbarungen, die auf Grund von Schiedsprüchen auf Goldlöhnen basieren, nicht für rechtsverbindlich erklärt werden sollen. Leider ist auch die Tatsache zu verzeichnen, daß Vorsitzende von Schlichtungsausschüssen unter dem Vorwand, sie könnten doch die Politik der Regierung nicht durchsetzen, zu Schiedsprüchen verweigern haben, die ganz einseitig die Unternehmerinteressen begünstigen und jedes Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft vernichten lassen.

Daß selbst im Arbeitsministerium Kräfte tätig sind, die den Grundsatz vertreten, niedrige Löhne, niedrige Gehälter müssen den Staat retten, ist ja sinnenförmig bekannt.

Zusammenfassend sei deshalb nochmals betont: sorgen wir dafür, daß die Reallohne aus einer angemessenen Höhe, die den Lebenshaltungskosten entspricht, zustande kommen. Was du von der Minute ausgeschlossen, bringt keine Ewigkeit zurück.

### Zum Wiederaufbau Deutschlands.

Im „Berliner Tageblatt“ hatte Bernhard Kellermann in der Weihnachtsnummer Propaganda gemacht für eine umfassende Kulturbarmachung von Moor und Weidland, das nachweislich in Deutschland und besonders in Preußen noch in großer Menge vorhanden ist. Bei der herrschenden ungeheuren Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot eigentlich eine Selbstverständlichkeit, ja eine Staatsnotwendigkeit. Hierzu führt nun in Nr. 8 vom 4. Januar des „Berl. Tagebl.“ der Vorsitzende des Mitteldeutschen Pächter- und Siedlerbundes L. v. Schaeven aus, daß die preussischen Landeskulturbehörden bisher in dieser Hinsicht verlagert hätten, und er führt eine Menge Beispiele dafür an, daß diese Behörden auch weiter verlagert würden. Man erfährt da, daß es gerade die oberen Beamten der Regierung sind, die jede gute Absicht vereiteln, Landeskulturarbeiten zu fördern. Auch in ihrer Gesamtheit ist die preussische Staatsregierung anscheinend gegen die Siedlungstätigkeit im allgemeinen. Der Landtag hatte am Anfang des Jahres 1923 den Antrag angenommen, der verlangte, daß die Regierung alsbald zu § 8 des Kleingartengesetzes ein Ausführungsgesetz vorlegen sollte.

Die preussische Staatsregierung sei aber einstimmig der Ansicht, daß diesem Antrage nicht stattgegeben werden könne. Herr Schaeve bemerkt hierzu erklärend: Der Großbesitz sei mit der Beamtenhierarchie verwandt, verschwägert und verknüpft. Bevor man an diesen Ausschüßlingen zu zeigen, wie hart und schwer der Kampf ist, den wir noch zu führen haben, um vorwärts zu kommen. Wenn selbst die Regierungsstellen vor dem Großgrundbesitz vollständig verfallen, kann man sich leicht einen Begriff

davon machen, wie sehr man bestrebt ist, die republikanisch-sozialistisch eingestellten Beamten zu beseitigen. Auch ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft alle Urkräfte hat, alle von ihr bis jetzt errungenen Machtpositionen in der Republik, mögen sie dem einzelnen auch noch so wertlos erscheinen, zu erhalten. Jede Preisgabe hiesse auch Aufgabe wichtiger Errungenschaften. Es gilt im Gegenteil, diese als Expansionsstationen zu benutzen, von welchen energisch versucht werden muß, weitere soziale Kulturarbeit zu leisten und die Hindernisse, die dem entgegenstehen, zu beseitigen.

Bei den kommenden Wahlen wird sich das Volk darüber klar werden müssen, was es gilt.

Wenn für eine Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes gefordert werden kann, so ist es nicht zuletzt auf dem Wege einer zielbewußten Landkultur- und Siedlungspolitik möglich. Schafft diese doch Arbeit, Nahrungsmittel und Wohngelegenheit. Deshalb macht Propaganda für eine Wahlbeteiligung, gegen alle reaktionären Bestrebungen.

### Die Neuordnung des Schlichtungs- weseus.

Die am 1. Januar 1924 in Kraft getretene Verordnung über das Schlichtungswesen überweist Streitigkeiten aus den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsordnungen den neugebildeten Schlichtungsausschüssen. In wichtigeren Fällen erfolgen Schlichtungen durch Verlören, die in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsminister ernannt werden. In der Hand dieser Personen liegt zum Beispiel die bisher den Demobilmachungskommissaren zugehörige Entscheidung über Anträge und Verbindlichkeitsverpflichtungen von Schiedsprüchen der Schlichtungsausschüsse, soweit die fragliche Gesamteinbarung in ihrem Bezirk Geltung hat. Ragt der Gesamtbereich zum Beispiel bei den Reichstarifen über das Gebiet eines Schlichters hinaus, so ist der Reichsarbeitsminister zuständig. Alle sonstigen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, über die bisher die Schlichtungsausschüsse, Gewerbeaufsichts- und Bergverwalterbeamten und die Bezirksauschüsse entschieden, insbesondere die wichtigen Kündigungstreitigkeiten, Betriebsratsabhebung und Auflosungstreitigkeiten, die Wahlen, die Geschäftsführung usw., werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Als Arbeitsgerichte dienen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und, wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse. Für Preußen ist die Durchführung der neuen Verordnung den Regierungspräsidenten übertragen worden. Alle künftig vor die Arbeitsgerichte gehörenden Streitigkeiten sind, wenn sie am 31. Dezember 1923 vor den Schlichtungsausschüssen usw. noch nicht abgeschlossen sind, binnen zwei Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen. Gelingt das nicht, dann gehen dem Berechtigten die Ansprüche verloren.

### Neuregelung der Erwerbslosen- fürsorge.

Die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung wurden bisher durch Reich, Land und Gemeinden aufgebracht. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird verfügt, daß die Kosten künftig zu vier Fünfteln von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu einem Fünftel von der Gemeinde getragen werden.

Die Beiträge setzt der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises fest nach Bedarf, sie dürfen jedoch nicht 10 Proz. des Krankentagesbeitrages übersteigen. Wenn infolge starker Arbeitslosigkeit die so aufzubringen Mittel nicht reichen, müssen Reich und Länder entsprechend eintreten. Die Beiträge werden zugleich mit den Krankentagesbeiträgen eingezogen. Alle krankenversicherten Personen sind beitragspflichtig.

Unter der Arbeiterschaft zirkulieren allerlei Gerüchte, daß vom 1. Januar an die Erwerbslosenunterstützung aufhöre und die Masse der Arbeitslosen und Kurzarbeiter dem Elend gänzlich anheimfallen würde. Nach wie vor besteht die Erwerbslosenunterstützung bestehen, auch ferner wird sie nach dem Lebenshaltungsindex berechnet und festgelegt. Die Unterstützung der Kurzarbeiter soll künftig ausschließlich an der Lohnhöhe des Kurzarbeiters berechnet werden. Er erhält einen Teil der Differenz zwischen seinem Arbeitsverdienst und fünf Sechstel des vollen Verdienstes. Ein Lediger erhält 40 Proz. dieser Differenz für jeden zahlungsberechtigten Angehörigen erhöht sich dieser Satz um je 10 Proz. Ein Familienvater mit einem Kind würde 60, ein solcher mit 3 Kindern 80 Proz. erhalten. Der Differenz zwischen seinem Kurzarbeiterverdienst und fünf Sechstel des Verdienstes, den er bei Vollarbeit haben würde. Künftig soll die Bedürftigkeit raadgeprüft werden: wo eine solche nicht vorliegt, gibt es keine Kurzarbeiterunterstützung.

Neuerdings sind nicht nur die Vollerwerbslosen, sondern auch Kurzarbeiter zu dringenden Arbeiten

(Schneebefestigung) in Anspruch genommen worden. Man beabsichtigt auf diese Weise die Erwerbslosenfürsorge produktiv zu machen; ob das gelingt, ist zweifelhaft bei der großen Masse Arbeitsloser. Für jugendliche Arbeitslose sind besondere Einrichtungen geplant; soweit Arbeitsmöglichkeit nicht in Frage kommt, sollen Fortbildungskurse eingerichtet werden, an welchen jeder teilnehmen muß, will er der Unterstützung nicht verlustig werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, dem Unternehmertum ist die ganze Erwerbslosenfürsorge überläßt, sie werden alles versuchen, um sie zu beseitigen.

Der Vorstand des ADGB, bemerkt im „Korrespondenzblatt“, daß er vergeblich gegen eine Reihe von Maßnahmen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes Einspruch erhoben habe. Er habe verlangt, daß, bevor die Arbeiter durch Beiträge belastet werden, eine Finanz- und Währungsreform durchgeführt wird, die den Besitz zu angemessenen Leistungen verpflichtet. Die bisher bekanntgewordenen Steuerpläne der Regierung lassen zwar manchen Gedanken aufkommen, nur nicht den, als ob man die Arbeiter mit steuerlicher Belastung künftig besonders verschonen wolle.

Die geplante progressive Erhöhung der Mieten auf den Friedensstand, ohne gleichzeitige Garantien, daß daneben gleichzeitig Löhne und Preise entsprechend ins Gleichgewicht gelangen können, läßt jede Rücksichtnahme auf die Notlage vermissen, in welcher sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes zurzeit befindet.

### Unsere Lebens- und Weltanschauung.

Jeder Mensch legt sich wohl einmal in stillen einsamen Stunden der Einkehr die Frage vor: Was ist der Zweck des Lebens, hat daselbe überhaupt einen Sinn? Der Trieb zum Leben ist jedem Geschöpf tief eingepflanzt und er steckt auch in jedem Menschen. Zu jeder Zeit mußte der Mensch den Kampf um seine Existenz kämpfen, nur die Formen, in welchen dieses notwendig war, haben sich geändert, wie sich die Verhältnisse änderten.

Beil jeder Mensch leben will, er erbt er leicht in Konflikt mit anderen Menschen. Wollen und Können sind auch nicht immer beieinander, daraus entstehen dann Unklarheiten, Widersprüche und Streit. Daraus ergibt sich wiederum die ewig neue Frage: Was ist Wahrheit in dieser Welt? Wo finde ich Klarheit über den Sinn des Lebens?

Sozial Menschen es gibt, so verschieden ist ihre Bildung, ihr Wissen, ihr Ansehensvermögen. Je nachdem der einzelne in die Geschichte unserer Erde und allem was darauf lebt und vorhanden ist, eingebunden ist, wird er sich eine Anschauung der Wirklichkeit zu bilden suchen.

Wir nennen das die Weltanschauung.

Beachten wir nun, daß der Staat durch die allgemeine Schulpflicht und durch höhere Schulen, private Interessengruppen durch besondere Institute, den Bildungsgang ganzer Klassen und einzelner Gruppen von Menschen, in einer bestimmten Form und Richtung zu beeinflussen wissen, so begreifen wir, daß diese verschiedenen Bildungs- und Erziehungsanstalten auch sehr unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensauffassungen zur Folge haben müssen. Daraus müssen sich wiederum Gegensätze ergeben, die die Ursache jener Kämpfe bilden, die sich unter der Menschheit ganz allgemein unausgesetzt in den verschiedensten Formen abspielen.

Der Dichter Friedrich Schiller sagt in einem Gedicht: Einstweilen bis den Bau der Welt Philosophie zusammenhält, erhält sich das Getriebe, durch Hunger und durch Liebe.

Hier wird das rein materielle Bedürfnis, den Hunger zu stillen und dem Fortpflanzungsdrang zu genügen, als der Sinn des Lebens bezeichnet solange, bis die geistige Erkenntnis aller Dinge dieser Erde den Menschengeist über das rein materielle erhebt; bis die Philosophie die Welt zusammenhält und das Zeitalter der ewigen Seligkeit die Menschheit über die Formen des heutigen Daseinstampfes emporhebt.

Das ist im Grunde genommen das Ziel aller Religionen auch gemein, es ist auch das Ziel des Sozialismus. Erreicht ist es bisher noch niemals, soweit wir auch in den Gedächtnisbildern der Menschheit forschen mögen. Immer wurde die Religion von den jeweils herrschenden Klassen als Dekoration benutzt, unter welcher sich der brutalste Materialismus verbirgt.

Der Materialismus, das Streben nach Genuß und Besitz, beherrscht auch die Menschen unserer Zeit und prägt der Zeitperiode ihren besonderen Stempel auf. Die Werte unserer Zeit trägt einen ausgeprägten kapitalistischen Charakter, nur bemühen sich Wissenschaft und Gelehrte, den materiellen Kern der heutigen maßgebenden Weltanschauung möglichst zu umkleiden.

Besitz, Eigentum erraffen, ist das Leitmotiv aller und nicht zuletzt der sogenannten gebildeten Klassen.

Wägen Hunderttausende darben und langsam an Unternahrung zugrunde gehen, die Vermehrung des Besitzes bis ins Unendliche ist ihnen maßgebend.

Dieser materiellen Weltanschauung unter dem Deckmantel der Religion steht die proletarische, sozialistische Weltanschauung gegenüber; unsere Weltanschauung.

Die Vorkämpfer des Sozialismus haben den rein materiellen Charakter des Kapitalismus, unter dem Schild der Religion, in seiner ganzen Nacktheit aufgedeckt. Der soziale Gedanke soll der stützende Gedanke, die Philosophie eines neuen, bisher vergeblich gesuchten Weltanschauungsprinzips werden. Mit der Verbreitung des sozialen Gedankens, der sozialen Organisation, verliert die persönliche Habgier ihre Grundlage. Die Wahrheit, Aufrichtigkeit und Natürlichkeit gelangt zum Durchbruch. Der Sozialist verlangt für seine Mitmenschen dasselbe Recht wie für sich selbst. Er will, daß es allen wohl gehe. Dadurch unterscheidet sich der ehrliche Sozialist von allen bewußten und unbewußten Heuchlern einer Scheinkultur, die sich mit dem fittlichen Deckmantel der Religion umkleidet.

Der Sozialismus kann kein Ziel allerdings nur dann erreichen, wenn seine Träger in bewußter, reiner Selbstlosigkeit Bahnbrecher des sozialen Gedankens dieser neuen Weltanschauung werden.

In unserer Zeit ist vieles zugrunde gegangen, was bereits aufgebaut war. Wir müssen von Grund aus eine Erneuerung anstreben. Jeder, dem es ernst ist mit der Verwirklichung des Gedankens der sozialen Gleichheit, muß ein Apostel werden. Ein Apostel, der mit feuriger Zunge den großen Gedanken propagiert, bis er sich durchsetzt und Gemeingut aller Menschen wird.

Das ist unsere Weltanschauung.

Die Löhne in unserem Verband.

Die Umstellung der Milliardenlöhne in reale Fest- oder Goldmarklöhne hat zu einem befriedigenden Resultat noch nicht geführt. Es wird der ganzen Aufmerksamkeit unserer Funktionäre bedürfen, um sie auf eine angemessene Höhe mit den derzeitigen Preisen für den notwendigen Lebensbedarf zu bringen.

In der Lederwarenindustrie sind für den über 20 Jahre alten Facharbeiter in den Bezirken, die zum Berliner Bundesstarke gehören, folgende Löhne zu verzeichnen: Berlin (Schiedspruch) 0,55 M. Die Verbindlichkeit ist eingetretten, da die Arbeitgeber den Schiedspruch abgelehnt haben. Breslau 0,42 M., Dresden 0,45, Frankfurt a. M. 0,42, Hannover 0,42, München 0,50 M. In den Bezirken, die zum Offenbacher Industriestärke gehören, gestalten sich die Löhne wie folgt: Offenbach 0,60, Rheinlands-Weßfalen 0,576, Thüringen 0,47, Hamburg 0,50 M. In den Bezirken Baden werden 0,50, in Bayern 0,49 und in Württemberg 0,48 M. bezahlt.

In der Ledertreibriemenindustrie werden ab 30. Dezember 1923 in der R. Nr. 45, Kl. 1: 42,3, Kl. 11: 37,8, Kl. 111: 33,8 Pf. bezahlt. Bezirke, wie Preisaat Sachsen, Hessen und Bayern,

erhalten zu den genannten Löhnen eine Uebergangszulage von 5 Pf., abgestuft je nach Ortsklasse und Alter. Die Dreie-München, Nürnberg, Darmstadt, Offenbach, Frankfurt a. M., Mannheim, Berlin und Hamburg erhalten 45 + 7 = 52 bzw. 42,3 + 7 = 49,3 Pf.

Im Tapezierergewerbe wurden für die ältesten Facharbeiter folgende Löhne vereinbart: Bundesstarke Baden: Kl. 1: 0,52, Kl. 11: 0,50, Kl. 111: 0,48, Berlin 0,60, Bielefeld 0,54, Frankfurt a. M. 0,48, Berlin 0,60, Bielefeld 0,54, Magdeburg 0,53, Hamburg 0,60-0,64, Leipzig 0,50, Dresden 0,52, Mannheim 0,56, München 0,55, Nürnberg 0,53, Stuttgart 0,48-0,53, Königsberg 0,48, Weimar 0,44 M.

Drohender Konflikt auch im Buchdruckgewerbe.

Zu der großen Aktion in der Metallindustrie kommt anscheinend noch eine solche im Buchdruckgewerbe. Die Unternehmer haben den Reichstagsmitgliedern die Kündigung des gesamten Personals ausgesetzt. Am 19. Dezember hatten die Prinzipale einen Schiedspruch erwirkt, der die 54stündige Arbeitszeit einführen wollte, der Reichsarbeitsminister hat denselben aber nicht für verbindlich erklärt. Trotzdem haben die Prinzipale die Kündigung der Personale beschlossen. Der Korrespondent bezeichnet das Vorgehen der Führer der Prinzipale als eine Aufforderung zur Begehung einer ungesetzlichen Handlung gegen die neue Arbeitszeitverordnung.

Nach dem „Vorwärts“ hat Dr. Ehler vom Reichsarbeitsministerium die Ablehnung des Schiedspruchs wie folgt begründet:

„Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß auch für das Druckereigewerbe eine Verlängerung der Arbeitszeit, mindestens die Wiedereinführung der Friedensarbeitszeit, als notwendig anerkannt werden. Wenn demnach die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abgelehnt worden ist, so war hierfür die im Schiedspruch getroffene Regelung einiger weiterer Streitpunkte bestimmd. Insbesondere besteht Zweifel, ob die vorgeschlagene Lohnregelung den erforderlichen Ausgleich zwischen den Belangen beider Parteien bringt. Es muß den Vertragsparteien überlassen bleiben, sich im Wege neuer Verhandlungen über die fruchtigen Fragen zu verständigen. Für den Fall, daß eine Verständigung nicht gelingt, wird das Reichsarbeitsministerium bereit sein, den Parteien beim Abjauch des Tarifvertrages behilflich zu sein.“

Danach berichtet in Ministerium der Arbeit die Auffassung, daß die Arbeitszeit der Vorkriegszeit eingeführt werden muß und daß man auch gegen eine darüber hinausgehende Arbeitszeit nichts einwenden wird. Es berührt indes eigen, daß von der Wiedereinführung der Vorkriegslöhne nichts gesagt wird. Der Hinweis, daß Zweifel bestehen, ob die vorgeschlagene Lohnregelung den erforderlichen Ausgleich zwischen den Forderungen der Parteien bringt, konnte ja eventuell so gedeutet werden, als wenn dem so wäre. Ob's aber wirklich so ist?

Zur Verbindlichkeitsklärung von Lohnvereinbarungen durch Schiedssprüche.

Die von den Arbeitgebern beorderten Juristen sind eifrig bemüht, aus jedem Befehl und jeder Verordnung herauszuwickeln, was sich zum Vorteil der Unternehmer etwa ausnützen lassen könnte. So hat in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ ein Dr. von Karper über die Verbindlichkeitsklärung folgendes gesagt:

Bei der Verbindlichkeitsklärung ist besonders zu beachten, daß das Vorliegen von sozialen Gründen allein nicht ausreicht, um die Verbindlichkeitsklärung zu rechtfertigen; es müssen auch noch wirtschaftliche Gründe bestehen, d. h. die Allgemeinheit muß ein Interesse daran haben, daß der Streitfall durch einen für verbindlich erklärten Schiedspruch aus der Welt geschafft wird. Hierzu bemerkt Clemens Körpel im „Korrespondenzblatt“ des DGB: „Das stimmt ausdrücklich nicht, sondern es ist dabei an wirtschaftlich schwache Schichten gedacht, z. B. Friseur, Hausangestellte, Rechtsanwaltsangestellte usw., welche sich infolge der Eigenart ihrer Tätigkeit nur sehr schwer selbst helfen können und die selbst durch Arbeitsmiederlegung das Wirtschaftsleben nicht fördern, also auch mit dem letzten Mittel des Streiks keinen besonderen Druck ausüben in der Lage sind. Bei diesen sollen dann die sozialen Gründe allein ausschlaggebend sein, wonach es Aufgabe des Staates und der Allgemeinheit ist, auch diesen Menschen zu helfen und sie nicht deshalb zugrunde gehen zu lassen, weil sie nicht die „Hand an die Gurgel des Staates legen“ können. Deshalb sei nachdrücklich auf den wirklichen Sinn der Fassung des Absatzes 1 des § 6 verwiesen. Ehler schreibt hierzu in seinem vorangezogenen Artikel (Spalte 663): „... ein Unterchied liegt nur insofern vor, als bisher verlangt wurde, daß die Durchführung des Schiedspruches zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Wirtschaftslebens erforderlich sei. Das habe in der Praxis zu Zweifeln geführt, ob auch bei weniger wichtigen Berufsgruppen mit geringer Arbeitnehmerzahl eine Verbindlichkeitsklärung möglich sei. Bedenken, die namentlich durch die weitergehende Fassung beseitigt sind.“ Die in Frage kommenden Gewerkschaften mögen sich auch diese Feststellung merken.

Wirtschaftliches.

Am Dezember waren die Lebensmittelpreise erheblich zurückgegangen, um unmittelbar vor Weihnachten wieder hochzuschwellen. Es wird berichtet, daß die Aufwärtsbewegung der Preise sich im neuen Jahre fortsetzt. Die Landwirtschaft leidet es durch, indem sie sich um die Preise der Vorratungskommission nicht kümmert und mehr fordert. Dadurch ging das Angebot sofort zurück. Schon vor Weihnachten wurden Vieh- und Lebensmitteltransporte zurückgehalten und umgeleitet, damit die Preise anziehen. Die Getreideernte ist im allgemeinen gut ausgefallen, und die Löhne der Landarbeiter sind äußerst niedrig. Trotzdem ist der Weizenpreis bis

Wie die Seide gefunden wurde.

Eine Sage aus dem Chinesischen.

Vor 4000 Jahren ging die schöne Kaiserin Se-Ling einmal in ihrem herrlichen großen Garten spazieren. Da sah sie, wie ein Vogel das kleine weiße Nachtschmetterlings-Li-lang verlor. Sie rettete das kleine Tier und hegte und pflegte es, bis es eines Tages seine Flügelchen nicht mehr erhob, sondern kalt und starr dalag. Die Kaiserin weinte heiße Tränen um Li-lang, der ihr Liebling geworden war, und nahm seine kleine Seide auf, um sie zu begraben. Da sah sie, daß Li-lang ihr etwas zurückgelassen hatte, viele kleine weiße Fäden waren es, die neben dem toten Falter lagen. Se-Ling barg die Fäden ihres Schützlings in ein kostbares Teeläschchen, bedeckte sie mit Blumenblättern, legte die Fäden oben auf und band den kleinen Sarkophag an einen Zweig des Maulbeerbaumes, der, ein stummer Zeuge ihrer Frömmigkeit für Li-lang, das Zimmer freundlich beschattete. In diesem Baume blieb der Sorg Li-langs hängen, und Se-Ling schaute jeden Morgen nach, ob er noch da sei, und gedachte dabei ihres toten Lieblings.

So kam der Frühling heran, und als Se-Ling wieder eines Tages an das Fenster trat und das kleine hängende Grab betrachtete, da waren — Wunder! die Fäden verschwunden und statt ihrer sah eine Menge kleiner grüner Raupen auf den Blättern des Baumes. Niemand als ihr geliebter Li-lang konnte ihr diese Raupen zur Unterhaltung in der Gemächlichkeit des Frauengemaches gesandt haben! Se-Ling nahm vorsichtig alle Raupen zu sich ins Zimmer, tar sie in ein Kästchen und schützte sie vor Sturm und Regen. Dazu gab sie den gefräßigen

Tierchen Blätter des Maulbeerbaumes, die ihnen am besten zu munden schienen. Die Tierchen wurden immer größer und wechselten viermal ihr Kleid, natürlich nur, um ihrer erhabenen Pflegerin eine Freude zu machen.

Als die Kaiserin den Sendboten ihres Lieblings alle Blätter des Maulbeerbaumes geopfert hatte, waren etwa 40 Tage vergangen. Da bemerkte sie, daß die Tierchen ängstlich hin und her zu laufen anfingen. Dabei wurde ihr Kleid wehgeschädigt und gleich nun ganz der Farbe, die Li-langs Flügel einst gehabt hatten. Jetzt mußte sie, daß Li-lang in der Seidenwanderung mit ihr verkehrte. In der Freude über diese beglückende Gemahit verstaunte die schöne Se-Ling, sich ihrem Gemahit, dem Sohne des Himmels, mit dem streng gebotenen heiteren Gesicht zu zeigen. Sie erschien vielmehr in tiefem Sinnen verloren, auch später als sonst, an dem Stufen des Thrones. Kaiser Li-hoang-Schi, der die schöne Se-Ling sehr liebte, entbrannte ob dieser Nachlässigkeit in wilder Eifersucht. Er stellte Späher aus und ließ seine Gemahlin bewachen. Nach zwei Tagen berichtete einer dieser Späher, daß Se-Ling geheimen Verkehr mit dem Maulbeerbaum vor ihrem Fenster haben müsse. Er habe wunderbare Reden der erhabener Frau belauscht, der Baum aber käme sich in heißer Leidenschaft für Se-Ling zu verzehren, denn er habe schon sein einziges Blatt mehr.

Li-hoang-Schi konnte sich diese Kunde nicht erklären. Unmöglich konnte ein Maulbeerbaum ihm die Liebe seiner Gemahlin rauben, und doch mußte ihre so streng verpönte Zerstreuung einen Grund haben. Er beschloß, das geheimnisvolle Treiben seiner Gemahlin in eigener Person zu untersuchen. Eines Morgens, als der Teetisch in Se-Lings Ge-

mach dampfte, trat Li-hoang-Schi unermutet ein und übertrachte Se-Ling bei einer künftigen Beschäftigung; sie nahm jedoch eine Menge gelblich-weißer, länglich runder Eierchen von den Zweigen des Baumes ab. Li-hoang-Schi war empört. Also diese mühsame Spielerei stellte Se-Ling und raubte ihm ihre Liebe. Er erzwang die Eierchen und warf sie in das siedende Teewasser. Se-Ling aber verbannte er von seinem Angesichte.

Traurig sammelte Se-Ling die schwimmenden Eierchen, trocknete sie und drang forschernd in ihr Inneres. Da blieb ein feiner weißer Faden an ihren Fingern hängen und wickelte sich fast endlos in schimmerndem Glanz aus dem Ei hervor.

Als Se-Ling die Fäden aus allen Eiern beisammen hatte, wickelte sie in ihrer Verbannung ein silbernes Band daraus, schrieb darauf die Geschichte ihrer unglücklichen Liebe zu Li-lang und seinen Sendboten und schickte das Band ihrem Gemahit.

Li-hoang-Schi bereute wohl schon längst seine törichte Eifersucht, allein ein Sohn des Himmels hat niemals unrecht, noch darf er Reue zeigen. Dies Band jedoch, aus den Leidenhüllen von Se-Lings Lieblichem gewebt, verführte ihn völlig. Er nahm seine Gemahlin wieder an sein Herz, im ganzen Land aber ließ er verkünden, daß die Gottheit seiner Gemahlin, der erhabener Se-Ling, zum Lohn für ihre Tugend das Geheimnis eines neuen, wunderbaren schönen Gewebes anvertraut habe. Se-Ling aber war nun doppelt beglückt, denn aus den noch hängengebliebenen Eierchen umflatterten sie bald neue Li-lang-Vögelchen, die sie nun nach Gefallen hegen und pflegen durfte.

zum 3. Januar um 10 Proz., der für Roggen um 16 Proz. gestiegen. Die Folgen werden sich bald in einer Steigerung der Brotpreise bemerkbar machen. Und das geschieht doch alles im Einklang mit der Messung, im jetzigen Moment, wo das Unternehmertum an den Abbau der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit in brutaler Form herantritt.

Die Folgen scheinen sich schon auf dem Geldmarkt auszuwirken, denn an der Berliner Börse wurde bereits die Befürchtung laut, die Wertbeständigkeit der neuen Zahlungsmittel werde wohl bald einer neuen Inflation weichen müssen. Hier zeigt sich klar die Ursache der Geldentwertung; es ist die verfrühte Hast und Preisstreiberi der Landwirte, die aus der Inflationswirtschaft den Nutzen gezogen haben und immer mehr Appetit nach solchem empfinden. Welches Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen besteht, wird so richtig an den Beispielen gezeigt, die in der Presse über die Löhne der Berliner Metallarbeiter veröffentlicht wurden. Danach betrug der Spitzenlohn eines erstklassigen gelerntem Arbeiters 53 Pf. Dazu kam noch eine Ausgleichszulage von 8 Pf. für Akkordarbeiter, die Sozialzulagen für Verheiratete von 2 Pf. für die Frau und 4 Pf. für jedes Kind. Somit zirka 60 Pf. pro Woche für den Verheirateten mit zwei Kindern. Im Vergleich mit den Vorkriegsgehältern ein Betrag, der um 30 Proz. zurücksteht. In Wirklichkeit ist die Differenz viel größer, weil die Kaufkraft des Lohnes viel geringer ist als in der Vorkriegszeit. Es wird berechnet, daß das Minus zirka 35 Proz. unter dem Existenzminimum liegt. Nach dem Diktat der Metallindustriellen hätten sich die Löhne künftig wie folgt gestellt: Höchstlohn eines Arbeiters über 21 Jahre 16,84 bis 20,64 Pf., bei Verheirateten mit einem Kind 22,03 bis 23,52 Pf. usw. Die Löhne der ungeheuren Arbeiter und Arbeiterinnen spotten jeder Beschreibung, so gering sind sie.

Die Veraleichung der Preise und Löhne ergibt das Mißverhältnis und läßt es begreiflich erscheinen, wenn sich die Arbeiter dagegen wehren, daß ihnen solche Hungerlöhne aufgezwungen werden.

**Aus unseren Berufsreisen.**

Das Organ des Deutschen Sattlerbundes erscheint ab 1. Januar wieder regelmäßig. In einem „Ausblick“ bestelltesten Artikel zieht das Meisterorgan die Jahresbilanz. Danach hat nur der Vorstand den völligen Schiffsbruch des Bundes durch seine Ausdauer verhindert. Es habe sich gezeigt, wie wenig gefestigt das Handwerk für die Organisation ist. Nur eine Zwangsorganisation könne bewirken, daß die Handwerker ihrer Organisationspflicht nachkommen. Ende Juni findet in Berlin die 25. Wundestagung statt, die besonders glänzend werden soll.

In diesem Ausblick wird auch zum Achtstundentag Stellung genommen und die achtstündige Arbeitszeit als ein Luxus bezeichnet, den sich das deutsche Volk nicht leisten könne. Auch das Sattlergewerbe werde dazu übergehen, die Arbeitszeit wieder weiter auszuweihen. Den Bezugsverordnungen wird empfohlen, die in den Tarifverträgen festgelegte achtstündige Arbeitszeit in eine 5 1/2stündige wöchentlich umzuwandeln. In einer Berliner Versammlung wurde bereits ein dahingehender Antrag gestellt. Bei dieser Gelegenheit wird auch zugegeben, daß das Handwerk sich noch nie mit dem Achtstundentag befreunden hat, in vielen Betrieben sei er gar nicht erst eingeführt worden. Man ersieht daraus, wie der gesetzliche Achtstundentag eingehalten werden ist.

Die Fachschule in Hildesheim, so wird berichtet, habe die schwere Zeit überstanden. Trotz der hohen Kosten sei der Schulbesuch bis in die letzte Zeit gut gewesen. Gewiß auch ein Zeichen dafür, daß die Sattlermeister in der glücklichen Lage waren, ihren Söhnen die hohen Kosten zu zahlen.

In der „Deutschen Sattlerzeitung“ (Berg u. Schuch) wird in einem Artikel „Gedanken über die Zukunft des Kleinmeisters“ u. a. gesagt: „Der Klein-

meister brauche noch lange nicht zu fürchten, vom Großbetrieb erdrückt zu werden. Beweis dafür sei, daß heute sehr große Firmen von kleinen Meistern Fabrikate zu niedrigerem Preise und von besserer Qualität erhalten, als sie selbst in eigener Werkstatt fabrizieren.“ Was doch nicht alles in solch einer Zeitung geschrieben wird. Nach unserer Kenntnis ist das Gegenteil richtig. Der Kleinmeister bezieht alle möglichen Artikel vom Großbetrieb, weil er ganz außerstande ist, diese ebenso sauber und preiswert herzustellen wie dieser. Es kommt natürlich vor, daß einige Großbetriebe einzelne Posten zurechtgeratener Artikel zum Fertigmachen an Hausarbeiter oder Kleinmeister abgeben. Die Bezahlung dafür ist auch meist danach, d. h. unter Tarif. Natürlich wird das Kleinmeisterium nicht aus der Welt verschwinden; der einzelne wird seine Existenz zu finden suchen, wie er es vermag. Doran kann die Art und Weise, wie man die Lasten zu vertheilen sucht, nichts ändern. Die technische Überlegenheit des Großbetriebs ist eine feststehende Tatsache, mit der wir uns abfinden müssen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß am 5. Dezember 1923 die Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks beim Reichstagsrat vorstellig waren. Sie führten Beschwerde darüber, daß bei verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen nicht genügend Rücksicht auf das Handwerk genommen werde. Durch die Steuererhöhung wäre ein großer Teil von Betrieben zur Schließung, ein anderer Teil zur Einschränkung gezwungen worden. Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge wären eine Belastung, die von den Betrieben nicht ertragen werden können. Ihre Beschwerden faßten sie dahin zusammen, daß für das Handwerk ein besonderes Staatssekretariat errichtet werden müsse, welches dafür sorgt, daß bei allen Regierungsmahnahmen, insbesondere auch bei der Zuteilung von Arbeitsaufträgen, gebührend Rücksicht auf das Handwerk genommen werde.

Die Bestellung für Februar muß spätestens bis zum 25. Januar beim zuständigen Postamt aufgegeben sein, sonst wird nach neueren Anordnungen der Postbehörde 20 Pf. besondere Gebühr erhoben. Auch ist zu empfehlen, Sammelbestellungen durch die Ortsverwaltungen bei der Hauptverwaltung aufzugeben und werden diese Bestellungen per Kreuzband zugehändelt gegen monatliche Verzehrung mit der Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltungen, welche bisher noch keine Bestellungen aufgegeben haben, können die Nr. 2 der Zeitung zum Betrage von 5 Pf. pro Exemplar direkt durch uns beziehen, wenn diese Bestellung bis zum 19. Januar hier einläuft.

Der Bezugspreis für Februar beträgt 10 Pf.

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In den Wochen vom 1. bis 19. Januar ist der 1., 2. und 3. Verbandbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Am Jahresschluß muß jedes Mitglied sein Verbandsbuch in Ordnung haben.

In kürzester Zeit soll das Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre veröffentlicht werden. Soweit Adressenänderungen nach erfolgter Neuwahl bisher noch nicht an die Hauptverwaltung gemeldet sind, ersuchen wir dies schnellstens nachzugeben, damit wir ein richtiges Verzeichnis herausbringen können.

**Achtung Funktionäre!**

Die Nr. 1 des Verbandsorgans wird den Orten zur Agitation ausnahmsweise in etwas größerer Anzahl geliefert.

Um die Ortsfunktionäre möglichst schnell von dem Markenwust, die uns die Geldentwertung gebracht hat, zu befreien, sollte für Oktober und November eine

besondere Abrechnung gegeben werden unter gleichzeitiger Einbindung aller auf Papiermarkt lautenden Marken. Trotzdem ab 10. Dezember keine auf Papiermarkt lautenden Marken mehr verkauft werden dürfen und Nachzahlungen nur mit wertbeständigen Marken noch fällig sind, fehlen am 8. Januar von nachstehenden Verwaltungenstellen die Abrechnungen nebst Marken: Ansbach, Achaffenburg, Bernburg, Beuthen, Bocholt, Erlich, Götzen, Cottbus, Crefeld, Darmstadt, Esleben, Erfurt, Flensburg, Friedrichroda, Geringswalde, Gernrode, Gleiwitz, Glogau, Goch, Guben, Gummersbach, Halberstadt, Hameln, Hamm, Hannover, Heidelberg, Insterburg, Kaiserlautern, Kalkenordheim, Kiel, Kirm, Kissingen, Kösberg, Konstanz, Kuppenheim, Langenlonsa, Leineweber, Leinesfeld, Ludenwalde, Mainz, Marburg, Minden, Mühlheim a. d. Ruhr, Mühlheim, Neustadt, Oberhausen, Offenbach, Paderborn, Potsdam, Regensburg, Remscheid, Rostock, Salswede, Schleswig, Schleusingen, Trier, Unterneubrunn, Wiesbaden, Witten, Worms, Zehdenitz, Zerbst und Zwickau. Ich ersuche die Revisoren, dafür Sorge zu tragen, daß Abrechnung und Marken umgehend an die Hauptverwaltung eingehandt werden.

Für das 3. Quartal fehlen noch folgende Abrechnungen: Achaffenburg, Flensburg, Gernrode, Glogau, Goch, Hamm, Hannover, Insterburg, Kirm, Mainz, Mühlheim, Naumburg, Regensburg, Salswede, Schleswig, Trier und Worms.

Alfred Riedel.

**25 Jahre Verbandsstifter.**

Am Schluß dieses Jahres konnte unser Kollege Hermann Hafensuf auf eine 25jährige Tätigkeit als erster Kassierer zurückblicken. Er hat sich in dieser langen Tätigkeit nicht nur ein besonderes Verdienst um die Gewerkschaftsbewegung erworben, er hat sich auch durch seine geradezu peinliche Pünktlichkeit und durch sein liebe- und humorvolles Wesen die Sympathie fast aller Kollegen erworben. Wir hoffen, daß er noch für die nächsten Jahre sein Amt in Vorstand beibehält und wünschen, daß er sich einer vollen Gesundheit noch jahrzehntelang erfreuen darf.

Die Ortsverwaltung, gez. S. Knapp.

**Adressenveränderungen.**

Brandenburg a. d. H. V. Otto Carnag, Wollenweberstr. 31.  
Meerane. V. Kurt Herold Erolensider Str. 37.  
K. Kurt Gerisch, Schöneberger Str. 35.  
Spandau. K. Otto Köhr, Spandau, Weißenburger Straße 35 I L.

**Veranstaltungskalender.**

Köln a. Rh. Mittwoch, den 16. Januar, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Volkshaus, Saal 1.

**Sterbetafel.**

Bielefeld. Am 16. Dezember 1923 Erich Hoffendahl, Tapezierer, im Alter von 26 Jahren.  
Dresden. Am 3. Dezember 1923 Julius Lippert, Sattler, im Alter von 53 Jahren.  
Eöln a. Rh. Johann Södsiad, 105 St., Sattler, 61 Jahre alt.  
Nürnberg. Michael Wagner, Sattler, 28 Jahre alt.  
Müllrose. Am 30. Dezember 1923 Emma Roscher, 27 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

**Portefeuller**

mit erste Kraft, sämtlichen vor kommenden Arbeiten gewachsen, welcher in absehbarer Zeit erst. Meisterposten übernehmen kann, nach Stuttgart gesucht. Angebote unter Chiffre V. 8 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Schärfer**

Die „Fortuna“ in dauernde und gut bezahlte Stellung für großen Betrieb S. O. B. gesucht. Offerten unter C. O. 8 an die Exped. d. Blg.

**Perfekte gelehrte Riemenstatter**

für die Riemenstatterei und Buchstatterei sowie zur Bedienung von Einlaufmaschinen mit nur guten Zeugnissen und Referenzen sofort gesucht.

**Funken & Nagel, Treibriemenfabrik, Hannover, Bürgerstraße 3.**

**Portefeuller,**

welche durchaus gelöst sind in der Anfertigung feiner Damenbürtaschen, desgl. für welche Arbeiten, finden dauernde und gutbezahlte Stellung in großem Betrieb Hamburg. Offerten unter C. O. 8 an die Exped. d. Blg.

**Flüchtiger älterer Portefeuller** für sofort gesucht. König & Co., Lederwarenfabrik, Coburg.

**Wertführer**

für die gesamte Kofferfabrikation und Reisenartikel ab 1. April 1924 oder früher für Schlesien gesucht. Es wird nur eine erste Kraft verlangt. Meldungen mit Gehaltsansprüchen an Rudolf Woffe, Breslau, unter B. V. 5154.